

März-I 2009

Inhalt

- * Daten, Namen und Fakten
- * Zitat
- * MIT in den Medien
- * MITglieder-Angebote: Legoland
- * Wie der Staat die Inflation vorantreibt
- * Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
- * 10 langfristige Handlungslinien für die künftige Energieversorgung in Deutschland
- * Kann der Staat Steuern senken und trotzdem Schulden abbauen?
- * EU differenziert mehr
- * Staaten in der Globalisierung

Daten und Fakten

* **Noch immer keine Klarheit**

Am Mittwoch (!) berät der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat über die Kfz-Steuerreform. Die Bundesländer fordern 200 Millionen Euro mehr an Entschädigungen für entgangene Einnahmen. Bund und Länder sollten sich rasch einigen, damit Autokäufer endlich Klarheit haben.

Die Bundesländer hatten Ende Februar die Neuregelung der Kfz-Steuer überraschend im Bundesrat scheitern lassen. Der Hintergrund: Bislang stehen die Einnahmen aus der Steuer den Ländern zu. Nach der Übertragung auf den Bund sollen sie einen finanziellen Ausgleich von jährlich 8,8 Milliarden Euro erhalten. Die Länder wollen aber 200 Millionen Euro mehr. Angesichts derzeit kursierender Milliardensummen mutet der Zankapfel geradezu schwächling an.

Am Kern des Gesetzentwurfs will allerdings niemand rütteln. Dieser sieht vor, die Höhe der Kfz-Steuer künftig nicht mehr nur an den Hubraum, sondern auch an den CO₂-Ausstoß zu koppeln. Die neue Regel soll helfen, den Kohlendioxidausstoß im Straßenverkehr weiter zu senken. Obwohl die Verkehrsleistung seit 1990 um ein Drittel gestiegen ist, sind die Auto-Emissionen immerhin um 2 Prozent zurückgegangen. In fast allen anderen Ländern ist der Treibhausgasausstoß im Straßenverkehr im gleichen Zeitraum gestiegen. Da das deutsche Durchschnittsauto im Schnitt mit acht Jahren recht alt ist, stehen die Chancen gut, dass sich der Trend fortsetzt, wenn sich die Fahrzeugflotte allmählich erneuert. Manch eine Entscheidung für einen Neuwagen dürfte mit dem Wissen über künftig anfallende Kosten leichter fallen. Darum sollten sich Bund und Länder endlich über die Kfz-Steuerreform einigen und Rechtssicherheit für potenzielle Autokäufer schaffen

(Quelle IW Köln)

* **Lutz Lienenkämper neuer NRW-Minister**

Lutz Lienenkämper wird neuer Verkehrsminister in Nordrhein-Westfalen. Der CDU-Politiker folgt auf Oliver Wittke. Lienenkämper ist Mitglied der MIT, leitet im Landesvorstand NRW der MIT die Arbeitsgruppe „freie Berufe“ und vertrat in den vergangenen Jahren immer öfter die Arbeit der MIT im NRW-Parlament.

(Foto)

* **Lohnpolitik in der Eurozone: Disziplin zahlt sich aus**

Die Einführung des Euro vor einem Jahrzehnt war auch für die deutschen Tarifparteien ein Glücksfall. Ihre lohnpolitische Disziplin zahlt sich seitdem uneingeschränkt aus. Andere Länder können jetzt nicht mehr einfach ihre Währungen abwerten, um kräftige Lohnsteigerungen zu kompensieren. (Quelle IW Köln)

* **Vieles läuft schwarz**

Fast jeder dritte Deutsche hat im Jahr 2007 Arbeiten ohne Rechnung vergeben und dafür im Schnitt etwa 1.000 Euro bezahlt. Das hat eine Umfrage für das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ergeben. Vor allem handwerkliche Leistungen werden gerne schwarz erbracht. Aber auch familienunterstützende Dienstleistungen wie Putzen, Hausaufgabenbetreuung, Bügeln und Gartenarbeit werden am Finanzamt

vorbei abgerechnet. Diese Arbeiten machten 2007 immerhin 16 Prozent der Schwarzarbeit aus. Wenn es gelingt, diese illegalen Jobs aus der Schmutzdecke herauszuholen und den Markt für Familiendienstleistungen generell anzukurbeln, dann könnten in Deutschland mehrere Hunderttausend legale Arbeitsplätze entstehen.

Das Potenzial für haushaltsnahe Dienste ist enorm. Gerade einmal 8 Prozent der Paare mit Kindern und ein knappes Viertel der alleinstehenden Senioren beschäftigen bislang einen Profi im Haushalt. Würden sich indes alle Bundesbürger, die sich nach der IW-Studie helfen lassen wollen, ebenfalls eine Hilfe im Haushalt leisten, könnten bis zu 600.000 Vollzeitstellen entstehen. Weitere knapp 180.000 volle Arbeitsplätze kämen hinzu, wenn auch nur 30 Prozent der familienunterstützenden Dienstleistungen regulär erbracht würden – heute sind es 5 Prozent. (Quelle IW Köln)

Zitat

„Bei den Reformvorhaben der großen Koalition haben die von der SPD geführten Ministerien mehrfach gegen marktwirtschaftliche Grundprinzipien verstoßen. So ebnet die Gesundheitsreform den Weg in die Staatsmedizin und bei der Unternehmensteuerreform hat man sich nicht an den Grundsätzen „einfach, niedrig und gerecht“ orientiert“. MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann (26.2.2009 Focus online).

MIT in den Medien

Finanzminister Steinbrück irrt

Frage: Sie gelten als profiliertes Vertreten marktwirtschaftlicher Grundsätze in der Union und haben das Gesetz schon im Vorfeld kritisiert. Was ist denn für Sie das Schlimmste an dieser Regelung? □ □ Schlarmann: Da gibt es mehrere Punkte. Ich will vielleicht nur mal beginnen mit dem Zweck des Gesetzes. Wir haben gerade in den Nachrichten gehört - ich glaube, es war die Stimme des Bundesfinanzministers, der gesagt hat, mit der Möglichkeit der Enteignung sollen öffentliche Mittel, die in eine Bank (in diesem Fall die Hypo Real Estate) gesteckt worden sind, gesichert werden. Das reicht natürlich schon nach dem Gesetzestext, den ich hier vor mir habe, gar nicht aus, um eine Enteignung zu begründen. Dort heißt es, "zur Sicherung der Finanzmarktstabilität können Enteignungen vorgenommen werden". Damit beginnt schon der erste große Bereich der Unsicherheit. Enteignungen dürfen nie gemacht werden, um Gelder, die der Staat vielleicht unvorsichtigerweise anderen zur Verfügung gestellt hat, zu sichern, sondern hier geht es um die Finanzmarktstabilität als öffentliches Gut und dort muss der Zusammenhang nachgewiesen werden und das kann ich im Fall der Hypo Real noch gar nicht erkennen.

Zum Beitrag

http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/921808/

Die (Neo-)liberalen □ „Da sind zuallererst diejenigen, die auch in der großen Krise noch die ganz saubere Linie halten wollen. Ihnen geht Prinzip vor Pragmatismus. Sie sehen das Wirtschaftssystem grundsätzlich in Gefahr, sollte gegen die reine Lehre verstoßen werden. Diese Leute heißen Josef Schlarmann von der CDU-Mittelstandsvereinigung, Kurt Lauk vom CDU-Wirtschaftsrat oder auch Guido Westerwelle von der FDP. Alle drei haben in der Debatte um eine Enteignung der Besitzer beim Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate glasklar „Nein“ gerufen.“

Zum Beitrag

<http://www.sueddeutsche.de/politik/191/458839/bilder/>

Enteignung ist ordnungspolitischer Tabubruch

Josef Schlarmann, Chef der Mittelstandsvereinigung von CDU und CSU, beklagt einen "ordnungspolitischen Tabubruch, der nicht mehr tragbar ist". Es sei paradox, Verstaatlichungen, Mindestlöhne und Staatsbürgschaften als Schutzschild für unsere Soziale Marktwirtschaft einsetzen zu wollen. "Denn es ist genau diese Staatswirtschaft, welche die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ad absurdum führt", erklärt Schlarmann.

Zum Beitrag

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,608473,00.html>

MITglieder-Angebote: Legoland

In der Saison 2009 präsentiert das LEGOLAND seinen Gästen zwei Deutschlandpremierer: □Die erste Indoor LEGO Unterwasserwelt Deutschlands öffnet an Pfingsten ihre Pforten und nimmt die Gäste mit auf eine atemberaubende Reise durch die versunkene Stadt Atlantis. Das Abenteuer beginnt mit einer virtuellen U-Boot-Tauchfahrt auf den Grund des Meeres. Neben Haien, Rochen und tropischen Fischen sind in und um das 500.000 Liter Wasser fassende Ozean Aquarium auch 50 Modelle aus über einer Million LEGO Steinen zu Hause. In der Unterwasserwelt gibt es viel zu entdecken: von alten Statuen und verwitterten Ruinen bis hin zu verborgenen Schätzen.
45% Rabatt

Informationen und weitere Angebote im internen Bereich der MIT-Homepage
<http://www.mittelstand-deutschland.de>

Wie der Staat die Inflation vorantreibt

Die weltweite Inflation hat deutlich angezogen. Besonders in den Schwellenländern nimmt der Inflationsdruck zu. Doch steigen auch in Deutschland die Preise so stark wie lange nicht mehr. Experten haben neben anderen Ursachen den Staat mit seinen Steuern und Abgaben als Preistreiber ausgemacht.

Mehr Informationen bei der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
http://www.insm.de/Steuern_Finzen/Inflation.html;jsessionid=0CAC5115097FD1919BF40726D3464BAB?view=67124

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht 02/2009

In der Öffentlichkeit findet eine kontroverse Debatte über die Kernenergie statt. Gegenwärtig rücken wieder die Vorteile der Kernkraft in den Vordergrund. In der kontroversen Diskussion werden oft Argumente vorgebracht, die sachlich unrichtig und sogar irreführend sind.

Mehr Informationen beim Bundesministerium für Wirtschaft
<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/wirtschaft,did=287036.html>

10 langfristige Handlungslinien für die künftige Energieversorgung in Deutschland

Dokument der Projektgruppe Energiepolitisches Programm (PEPP), Februar 2009

Das Dokument

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=288636.html>

Kann der Staat Steuern senken und trotzdem Schulden abbauen?

Steuersenkungen sind möglich, auch ohne das Ziel der Haushaltskonsolidierung zu gefährden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Die im Sommer 2008 vorgestellte Expertise bereichert die finanzpolitische Debatte in Deutschland und steht in Widerspruch zur Auffassung der Großen Koalition.

Zur Ankündigung des Seminars

http://www.insm.de/Steuern_Finzen/Steuern/Die_Fakten/Zum_Thema_Steuern/INSM-Dossier_Steuern_Kann_der_Staat_Steuern_senken_und_trotzdem_Schulden_abbauen_.html

EU differenziert mehr

Frauen verdienten 2007 im Schnitt hierzulande 23 Prozent weniger als Männer – zumindest sagen dies die Daten des Statistischen Bundesamts. Im internationalen Vergleich ist das immer noch ein sehr hoher Wert, der so nicht bleiben sollte. Doch da auch diese Statistik selbst nicht immer aussagekräftig ist, will die Europäische Kommission eine zusätzliche Erhebungsmethode einführen, die mehr anschaut als nur den bloßen Gehaltszettel.

Hier geht es zur Homepage

<http://www.iwkoeln.de/tabid/2207/ItemID/22946/language/de-DE/Default.aspx>

Staaten in der Globalisierung

4. Berliner Rechtspolitische Konferenz

Symposium, Berlin, Steigenberger Hotel Berlin, Berlin, 23.-24. April 2009, 19.00 Uhr, mit Dr. A. Merkel, M. Ahtisaari, Prof. M. Herdegen, Prof. R. Scholz, Prof. H.-P. Schwarz, H. Schmidt, Prof. R. Dolzer, R. de Rato y Figaredo, O. A. Kardinal Rodríguez Maradiaga, Prof. P. Kirchhof, Dr. G. Krings MdB, Prof. R. Herzog, H. Gröhe MdB

Die Rahmenbedingungen in einer globalisierten Welt haben sich verändert. Souveränität, Sicherheit, Wirtschaft und Gerechtigkeit sind die Politikfelder des 21. Jahrhunderts. Die Konferenz würdigt Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog.

Mehr Informationen

<http://www.kas.de/wf/de/17.34439/>

Mehrgenerationenhaus in Großmutz Landkreis Oberhavel. Ein Wohnprojekt für aktive Senioren innerhalb eines Gesundheitsdorfes mit Kneippscher Prägung. Das Projekt ist Teil des Aktionsprogramms „Mehrgenerationenhaus“ des Bundesfamilienministeriums.

Informationen unter: Deutscher Service-Ring, Goßlerstraße 30, 12161 Berlin